

Sorgen macht der große Niedriglohnsektor

Am deutschen Arbeitsmarkt ist nicht alles Gold, was glänzt – Immer mehr Menschen müssen auch am Wochenende arbeiten

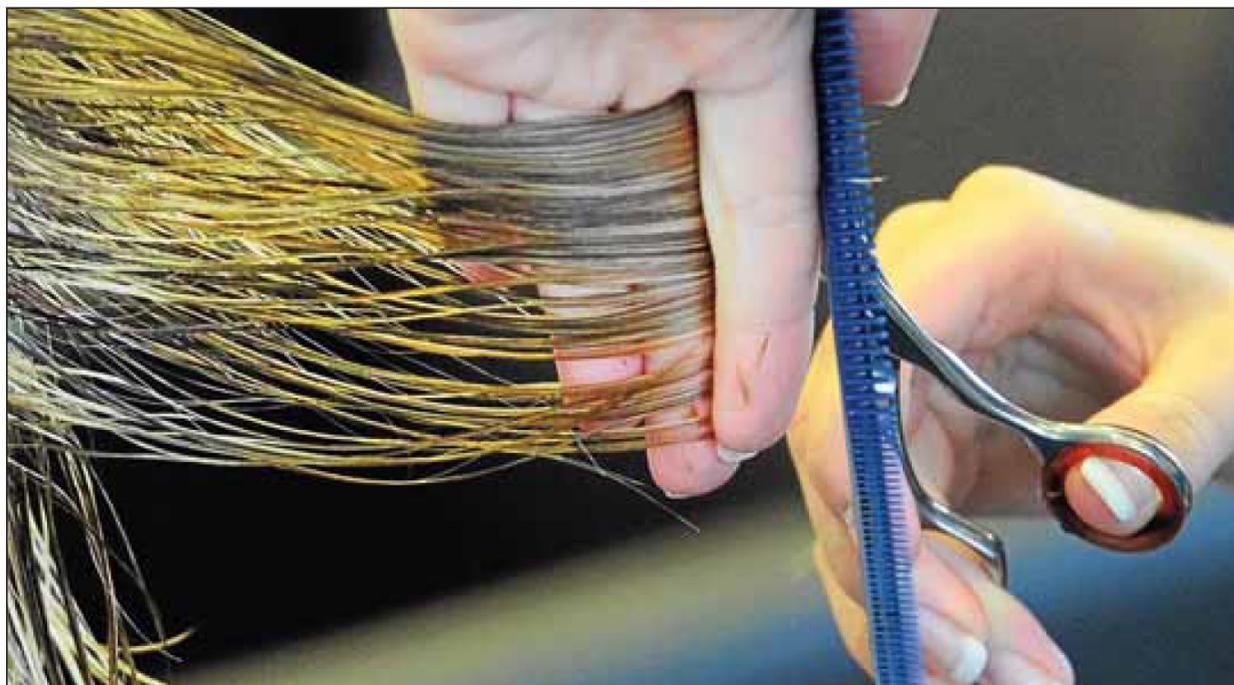
Von Christian Ebner und Jörn Bender

Wiesbaden/Düsseldorf. Trotz annähernder Vollbeschäftigung in vielen Regionen läuft auf dem deutschen Arbeitsmarkt nicht alles rund. Belege dafür hat am Montag das Statistische Bundesamt in einer umfassenden Datensammlung zur „Qualität der Arbeit“ zusammengefasst. Sie zeigt unter anderem, dass immer mehr Beschäftigte auch am Wochenende arbeiten und vor allem Führungskräfte überlange Arbeitszeiten haben. Zudem zeigt die Statistik einen großen Niedriglohnsektor.

Nach einer ebenfalls am Montag vorgestellten, von der gewerkschaftlichen Hans-Böckler-Stiftung geförderten Studie leben 12,3 Prozent der Erwerbstätigen dauerhaft in prekären Umständen. Rund vier Millionen Menschen fänden sich über mehrere Jahre in perspektivlosen Jobs mit geringem Einkommen und mangelnder sozialer Absicherung. Größte Teilgruppe seien Frauen im Haupterwerbsalter, die meistens Kinder hätten.

Das Forscherteam um Jutta Allmendinger vom Wissenschaftszentrum Berlin (WZB) und Markus Promberger von der Universität Erlangen-Nürnberg macht die unsichere Situation der Menschen nicht nur am Arbeitsverhältnis fest, sondern fragte auch nach Armut, Überschuldung oder Wohnverhältnissen. Die Daten-Grundlage stammt aus den Jahren 1993 bis 2012. Der Mindestlohn sei für die Betroffenen eminent wichtig, könne aber die Probleme nicht allein lösen, erklären die Forscher. Sie sprachen sich für weitere Umverteilung und strengere Arbeitsmarktregeln etwa zu Befristungen, Leiharbeit und Werkverträgen aus.

Das Statistische Bundesamt beziffert die Niedriglohnquote für das Jahr 2014 auf 21,4 Prozent der Beschäftigten. Sie verdienen weniger als zehn Euro in der Stunde und damit auch weniger als zwei Drittel des mittleren Stundenlohns. Frauen mussten sich deutlich häufiger (Quote: 27,2 Prozent) mit niedrigen Löh-



Frauen arbeiten wesentlich häufiger in gering bezahlten Dienstleistungsberufen. Foto: dpa

nen zufriedengeben als Männer (15,8 Prozent). Die weiblichen Beschäftigten arbeiten zudem wesentlich häufiger in gering bezahlten (Dienstleistungs-)Berufen und sind in Teilzeit oder geringfügig beschäftigt.

Unter den Führungskräften ist der weibliche Anteil mit 29,2 Prozent im Jahr 2017 sehr viel geringer und liegt deutlich unter dem Anteil der Frauen an allen Erwerbstätigen (46,5 Prozent). 20 Jahre zuvor war Frauenanteil am Führungspersonal mit 26,6 Prozent noch geringer.

Was Führungskräfte beider Geschlechter gemeinsam haben: Sie arbeiten häufig vergleichsweise lang. Etwa jeder zehnte (10,7 Prozent) Vollzeit-Erwerbstätige in Deutschland arbeitet regelmäßig mehr als 48 Stunden in der Wo-

che. Bei Männern ist das den Berechnungen zufolge mit 13 Prozent etwa doppelt so häufig der Fall wie bei Frauen (6,3 Prozent). Generell gelte: je älter, desto länger die Arbeitszeiten. Das hänge auch damit zusammen, dass Führungskräfte eher in höheren Altersgruppen zu finden seien, schreibt das Bundesamt.

Positive Aspekte des deutschen Arbeitsmarktes sind unter anderem bei den Sozialversicherungen zu finden. So waren 2017 nahezu alle Beschäftigten krankenversichert, knapp 89 Prozent hätten bei Arbeitslosigkeit Anspruch auf Arbeitslosengeld I und 83,3 Prozent der Erwerbspersonen waren in der gesetzlichen Krankenversicherung. Im Schnitt nahm 2017 jeder Arbeitnehmer die Rekordzahl von 31,4 Urlaubstagen. Die

Fehlzeiten wegen Krankheit nahmen wieder ab auf 10,6 Arbeitstage pro Beschäftigtem.

Das arbeitgebernahe Institut der deutschen Wirtschaft (IW Köln) kritisierte den Ansatz der Böckler-Studie, deren Definition prekärer Arbeits- und Lebensverhältnisse „sehr weit“ gefasst sei. So sei es zwar richtig, neben den Arbeitsbedingungen auch die Lebensumstände der Beschäftigten zu berücksichtigen, erklärte IW-Ökonom Holger Schäfer. Er warnte aber von Fehleinschätzungen etwa von Solo-Selbstständigen: Sie würden per Definition in die „prekäre Ecke“ eingeordnet, weil sie keine Ansprüche an die Renten- und Arbeitslosenversicherung hätten und gleichzeitig in einem Kleinbetrieb arbeiteten.